

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد بدین بوم و بر زنده یک تن مېباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 17.08.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Knut Mellenthin
18.08.2017

Iran droht, Trump handelt

US-Präsident will Atomabkommen mit Teheran platzen lassen



Amtseinführung des wiedergewählten iranischen Präsidenten Hassan Rohani am 5. August in Teheran

Foto: Nazanin Tabatabaee Yazdi/TIMA via REUTERS

Iran droht mit dem Ausstieg aus dem internationalen Atomabkommen, das am 14. Juli 2015 in Wien unterzeichnet wurde. So sieht es zumindest aus, und so soll es wohl auch daheim und im Ausland ankommen. Das Scheitern ihrer Drohungen und Sanktionen habe die USA damals an den Verhandlungstisch gezwungen, sagte Präsident Hassan Rohani am Dienstag im Parlament. Falls es die jetzige US-Regierung aber bevorzugen sollte, zu den

früheren Zeiten zurückzukehren, werde auch Iran mit Bestimmtheit die alte Situation wiederherstellen. Nämlich: Sein aufgrund des Wiener Abkommens erheblich eingeschränktes Atomprogramm in vollem Umfang, aber auf fortgeschrittenerem Niveau, wiederaufnehmen. Das würde nicht mal Wochen und Monate dauern, sondern wäre nur eine Sache von Stunden und Tagen, sagte Rohani.

Die Zeitangabe klingt etwas übertrieben, ist aber von der Realität trotzdem nicht allzu weit entfernt. Iran hat in den Wiener Verhandlungen dem Druck der USA widerstanden, seine Maschinen, insbesondere die zur Urananreicherung benötigten Zentrifugen, zerstören zu lassen. Sie wurden lediglich abgebaut und mehr oder weniger an Ort und Stelle eingelagert. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) überwacht zwar, dass die iranischen Techniker die Depots nicht heimlich ausräumen. Aber wenn Teheran wirklich das Abkommen von 2015 kündigen würde, gäbe es seitens der in Wien angesiedelten UN-Behörde keinen Widerstand. Trotzdem würde es vermutlich nicht nur Wochen, sondern mehrere Monate dauern, die Zentrifugenketten nicht nur neu zu installieren, sondern sie auch betriebsbereit zu machen.

Wie ernst ist aber Rohanis Drohung zu nehmen? In der fragwürdigen Kunst, immer wieder Dinge anzukündigen, die sich zum Teil evident widersprechen, ohne Handlungen folgen zu lassen, spielen iranische Politiker in der ersten Liga. Außerdem hielt der Präsident seine Rede unter speziellen Voraussetzungen: Er sprach zum Auftakt einer voraussichtlich langen Reihe von Parlamentssitzungen, in der um die von ihm vorgeschlagenen Mitglieder seiner nächsten Ministerriege gestritten wird. Iranische Abgeordneten haben kaum Mitspracherechte, die von ihnen beschlossenen Gesetze zur Außenpolitik haben keine praktische Bedeutung. Die Regierung kann sich daran halten, wenn sie will, muss es aber nicht. Der Höhepunkt im Leben iranischer Abgeordneter ist der Streit um die Parlamentsbesetzung: Er bietet die beste Gelegenheit, Bedeutung auszuspielen und dem Präsidenten wochenlang Schwierigkeiten zu machen. Denn wer Minister werden darf, entscheiden nur sie. Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass Rohani in seiner vom Fernsehen live gesendeten Eröffnungsrede ungewohnt deutliche Töne anschlug. In der Außenpolitik gilt er nämlich als eher schwach.

In Wirklichkeit aber vermitteln die in den letzten Wochen veröffentlichten iranischen Statements, dass Donald Trump Teheran provozieren wolle, aus den Wiener Vereinbarungen auszusteigen. Der US-Präsident sei versessen darauf, das Abkommen möglichst schnell zu zerstören. Ihm sei aber bewusst, dass er damit bei vielen Verbündeten der Vereinigten Staaten nicht gut ankommen würde. Deshalb wolle er Teheran dazu

veranlassen, den ersten Schritt zu tun – unter anderem durch die stetige Einführung neuer Sanktionen. Die Schlussfolgerung aus dieser Analyse ist eindeutig: Der Iran dürfe und wolle nicht in die Falle gehen. Das wird auch Rohani in der Praxis nicht in Frage stellen. Tatsächlich hat die Trump-Administration bisher keine erkennbare Strategie. Am unzufriedensten mit dieser Situation scheint der Präsident selbst. Seit seinem Amtsantritt im Januar hat das US-Außenministerium der iranischen Führung zweimal bescheinigt, dass sie sich an das Wiener Abkommen hält: das erste Mal im April, das zweite Mal im Juli. Mindestens alle 90 Tage muss eine solche Erklärung abgegeben werden. Grundlage dafür ist der Iran Nuclear Agreement Review Act, der im Mai 2015 vom Kongress beschlossen wurde. Die nächste Entscheidung ist ungefähr Mitte Oktober fällig.

Die US-Medien berichten weitgehend übereinstimmend, dass Trump sich schon im April nur widerstrebend den Einwänden von Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James Mattis und Sicherheitsberater Herbert Raymond McMaster gebeugt habe, dem Kongress die Einhaltung des Abkommens durch den Iran förmlich mitzuteilen. Über die Wiederholung dieses Prozederes im Juli soll Trump geradezu verärgert gewesen sein. Einigen Berichten zufolge wurde im Weißen Haus eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Chefberater Stephen Bannon gebildet, die dem Präsidenten Vorschläge machen soll, wie am besten aus den Wiener Vereinbarungen herauszukommen sei. Trump scheint sich seiner Sache bereits sehr sicher zu sein. Am 24. Juli sagte er Journalisten der konservativen Tageszeitung *Wall Street Journal*: »Wir sprechen uns über das Thema in 90 Tagen wieder. Aber ich wäre überrascht, wenn sie dann vertragstreu wären«.

Am 27. Juli informierte die *New York Times* in einem langen Artikel, der US-Präsident suche nach einem Weg, um dem Iran im Oktober, wenn die nächste Bewertung fällig ist, die Nichteinhaltung des Wiener Abkommens zu unterstellen. Die Vermutungen der Autoren in diesem Zusammenhang konzentrierten sich auf das alte Streitthema der »Inspektionen« iranischer Militäranlagen wie die von Rüstungsbetrieben und Stützpunkten.

Rechtlich ist die Lage eindeutig: Die Kontrollrechte der IAEA sind auf Orte beschränkt, an denen mit radioaktiven Stoffen gearbeitet wird. Aber von den Journalisten der Mainstream-Medien scheint das fast niemand zu wissen. Daher lässt sich mit der unwahren Behauptung, Iran verweigere den IAEA-Inspektoren den Zugang, mit Sicherheit immer wieder Aufregung erzeugen. Die Botschafterin der USA bei der UNO, Nimrata

»Nikki« Haley, will in der nächsten Woche nach Wien fliegen, um entsprechende Aktivitäten von der Atombehörde zu fordern.